



## Protokoll der 35. Sitzung des Einwohnerrates

vom 25. Mai 2016, 17.00 Uhr, im Landratssaal

---

**Anwesend:** 39 Mitglieder

**Entschuldigt:** Ratsmitglied Porchet Pascal (FDP)

Traktanden	Laufnummer
1. Quartierplanvorschriften Aurisa (Konrad Peter-Areal) <i>://: Die Vorlage wird einstimmig an die BPK überwiesen.</i>	2016/248
2. Umfahrungsstrasse A22 - Interpellation von Anna Ott der Grünen Fraktion zur Umfahrungsstrasse: Prüfung und Planung von alternativen, umwelt- und menschenverträglichen Linienführungen <i>Erledigt nach der Beantwortung durch den Stadtrat.</i>	2016/228
3. Streetworkout-Anlage - Postulat „Streetworkout-Anlage auch in Liestal?“ von Hanspeter Stoll der SP-Fraktion <i>://: Überweisung von Postulat an Stadtrat mit 27 Ja- gegen 11 Nein-Stimmen.</i>	2016/229
4. Petition „Bahnhofumbau: Hindernisfreier und sicherer Zugang zum Bahnhof und Durchgang zum Stadtzentrum aus dem Oristal, dem Tiergarten-/Sichternquartier und dem Wiedenhub“ der SP Liestal“ <i>://: Die Petition wird einstimmig zur Kenntnis genommen. ://: Dem Antrag für eine Überweisung der Petition als Postulat an den Stadtrat stimmen 9 Ratsmitglieder zu, mit 29 Stimmen wird die Petition zur Kenntnisnahme an den Stadtrat überwiesen.</i>	2016/233
5. Ladenmix - Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat „Attraktive Ladenmix im Stedtli“ von Diego Stoll namens der SP-Fraktion, Thomas Eugster namens der FDP-Fraktion, Beat Gränicher namens der SVP-Fraktion sowie Lisette Kaufmann namens der Grünen Fraktion <i>://: Mit grossem Mehr bei 6 Enthaltungen nimmt der Rat vom Zwischenbericht Kenntnis.</i>	2014/162 2014/162a
6. Verlauf Einwohnerratsgeschäfte - Bericht Stadtrat zum Postulat von Corinne Hügli der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Aufnahme des „Verlaufs“ der Einwohnerratsgeschäfte in die Liestaler Webseite <i>://: Der stadträtliche Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen und das Postulat einstimmig als erfüllt abgeschrieben.</i>	2015/183 2015/183a
7. Abfallbeseitigung/-vermeidung - Schriftliche Beantwortung der Interpellation „Neue Möglichkeiten zur Abfallbeseitigung und -vermeidung“ von Roman Schmied der Grünen Fraktion und Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion <i>Erledigt nach der Beantwortung durch den Stadtrat.</i>	2016/230 2016/230a

8. Parkplätze Brodtbeckareal - Beantwortung der Interpellation „Parkplätze Brodtbeckareal“ von Rolf Gutzwiller der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2016/231  
2016/231a  
*Erledigt nach der Beantwortung durch den Stadtrat.*
  
9. Büchelstrasse - Beantwortung der Interpellation „Durchgangsverkehr Büchelstrasse“ von Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion 2016/234  
2016/234a  
*Erledigt nach der Beantwortung durch den Stadtrat.*
  
10. Rosenstrasse - Postulat „Tempo 30 in der Rosenstrasse“ von Lisette Kaufmann, Michael Durrer und Roman Schmied der Grünen Fraktion 2016/242  
*://: Mit 16 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat nicht an den Stadtrat überwiesen.*
  
11. Städtepartnerschaft - Postulat betreffend einer Städtepartnerschaft „Von Stadt zu Stadt“ zur Entschärfung der Flüchtlingskrise von Anna Ott der Grünen Fraktion 2016/245  
*://: Mit 11 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen wird das Postulat nicht an den Stadtrat überwiesen.*
  
12. Plakatierung - Beantwortung der Interpellation betreffend Plakatierung von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion 2016/246  
*Erledigt nach der Beantwortung durch den Stadtrat.*
  
13. Katasterschätzungen - Beantwortung der Interpellation „Aktualisierung der Katasterschätzungen / Bewertung der Liegenschaften“ von Max Schäublin der FDP-Fraktion 2016/247  
2016/247a  
*Erledigt nach der Beantwortung durch den Stadtrat.*

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur zweitletzten Sitzung im Amtsjahr 2016/2017.

### **Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) informiert über einige Punkte aus der letzten Bürositzung:

- Die Anmeldungen betreffend dem Amtsjahrschlusssessen vom 22. Juni 2016 sind dem Ratschreiber bis am heutigen Abend abzugeben.
- Der Terminplan 2017 ist vom Büro beschlossen und den Ratsmitgliedern an der heutigen Sitzung als Tischpapier zur Kenntnis gebracht worden. Das Ratsbüro wird in seiner neuen Zusammensetzung im August den Detail-Terminplan 2017 noch beschliessen.
- Ziel des Ratsbüros ist es, dass an der heutigen Sitzung alle traktandierten Geschäfte behandelt werden können, da an der nächsten Sitzung vom 22. Juni 2016 die Traktandenliste sehr umfangreich ist und auf diese nicht noch Geschäfte traktandiert werden sollten, welche aus Zeitgründen vertagt werden mussten.

### **Tischpapiere**

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, gelb
- Interpellationsantworten Stadtrat Nr. 2016/231a, Nr. 2016/234a und Nr. 2016/247a
- Vorlagen Nr. 2016/249 - Nr. 2016/251 (neue Vorstösse)
- ER-Terminplan 2017

### **Neue persönliche Vorstösse**

- Völkerwanderung - Postulat der SVP-Fraktion betreffend Völkerwanderung: Unhaltbare Entwicklung in den Gemeinden (Nr. 2016/249)
- Verwaltungsdienstleistungen - Postulat „Bedarfsgerechte Dienstleistung der Verwaltung“ von Marianne Quensel der SP-Fraktion (Nr. 2016/250)
- Gemeinnütziger Wohnungsbau - Interpellation „Mehr gemeinnütziger Wohnungsbau für einen vielfältigen Wohnungsmix“ von Patrick Mägli und Dominique Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2016/251)

### **Stimmzähler/innen**

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- |                                |  |
|--------------------------------|--|
| - Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) | Seite A (SP, GL)                       |
| - Karin Jeitziner (FDP)        | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP)             |
| - Marianne Quensel (SP)        | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

### **Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen**

Es werden keine Erklärungen von Ratsmitgliedern oder Fraktionen abgegeben.

### **Mitteilungen des Stadtrates**

Vom Stadtrat werden keine Mitteilungen gemacht.

### **Traktandenliste**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass bezüglich der Traktandenliste der heutigen Ratssitzung keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 11. Mai 2016 behandelt.

**366 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**1. Quartierplanvorschriften Aurisa (Konrad Peter-Areal), Vorlage Nr. 2016/248**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten im Rat unbestritten ist.

Die Ratsmitglieder möchten sie nun zum Vorschlag des Büros betreffend der Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) äussern.

Patrick Mägli (SP) sagt, dass es die SP-Fraktion begrüsse, dass auf dem Konrad Peter-Areal etwas geht und seine Fraktion auch der Überweisung an die BPK zustimmen werde. Bei der Vorberatung sollte man auch der Gestaltung der angrenzenden Gewässer die gebührende Beachtung schenken. Es interessiert auch, was für Wohnungen geplant sind und wer als Bauherr hinter diesem Projekt steht.

Hanspeter Zumsteg (GL) hält fest, dass seiner Fraktion aufgefallen ist, dass der mit dem Kanton vereinbarte Gewässerschutzraum beim Orisbach von 8 Metern beim vorliegenden Projekt stellenweise bis auf 5,5 Meter reduziert wurde. Die Kompensation der wegfallenden Fläche bei einem anderen Gewässer macht wohl kaum Sinn. Man frage sich schon, welche Interessen wie gewichtet wurden und diese Frage sollte die BPK schon genauer klären. Der Überweisung an die BPK wird man zustimmen.

Markus Rudin (SVP) hält fest, dass auch seine Fraktion erfreut davon Kenntnis nimmt, dass beim Konrad Peter-Areal etwas geht. Der Überweisung an die BPK wird man zustimmen.

Thomas Eugster (FDP) führt aus, auch die FDP-Fraktion werde der Überweisung an die BPK zustimmen. Speziell sollte die vorberatende Kommission der Verkehrsplanung mit dem Zentrumsanschluss, den Velowegverbindungen und der Anbindung des Fussgängerverkehrs ins Stedtli ein spezielles Augenmerk schenken.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) sagt, auch ihre Fraktion stimme der Überweisung an die BPK zu.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

**://:** Einstimmig wird die stadträtliche Vorlage Nr. 2016/248 an die Bau- und Planungskommission zur Vorberatung überwiesen.

**367 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**2. Umfahrungsstrasse A22 - Interpellation von Anna Ott namens der Grünen Fraktion zur Umfahrungsstrasse: Prüfung und Planung von alternativen, umwelt- und menschenverträglichen Linienführungen (Nr. 2016/228)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal  
Anna Ott namens der Grünen Fraktion

**Interpellation zur Umfahrungsstrasse A22: Prüfung und Planung von alternativen, umwelt- und menschenverträglichen Linienführungen**

Als in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre die Linienführung der Nationalstrasse N2 durchs Baselbiet geplant wurde, obsiegte die „Variante Arisdorf“. Eine Linienführung über Liestal (und Lausen) wurde vom Regierungsrat abgelehnt, da „eine offene Linienführung durch das Siedlungsgebiet von Liestal und Lausen mit Rücksicht auf die [...] ausserordentlichen Einwirkungen auf die Siedlungsgebiete und deren Bewohner [...] nicht in Frage“ kam (vgl. Landratsprotokoll vom 21. März 1960). Doch vor dem Hintergrund des rasant zunehmenden Autoverkehrs drängte sich bereits kurz nach dem Bau der Nationalstrasse über Arisdorf der Bau einer kantonalen Umfahrungsstrasse im Ergolztal auf. Da ein Tunnel durch den Schleifenberg für Liestal nicht finanzierbar war, schlug die Liestaler Gemeindeversammlung der kantonalen Baudirektion vor, die Strasse in einer Galerie entlang der Ergolz zu führen (vgl. bz vom 15. November 1960). Da aber auch für diese Variante die Finanzierung nicht gesichert war, überwies der Landrat einige Planungsjahre später eine Motion an den Regierungsrat und forderte aus finanziellen und zeitlichen Gründen ein kleineres Projekt (vgl. bz vom 12. Januar 1968).

Das angepasste Projekt des Regierungsrates sah im Raum Liestal eine zweispurige Strasse vor, die zum Teil aus vofabrikerten Elementen und grösstenteils unter Verzicht auf eine Galerieführung der Ergolz entlang gebaut werden sollte (vgl. Projektbeschreibung der Ingenieurfirma Gruner & Jauslin, in: bz vom 3. Juli 1970). Nach einer nur 18-monatigen Bauzeit wurde am 3. Juli 1970 die Umfahrungsstrasse von Liestal und Lausen eröffnet.

Aus Kostengründen wurde also eine offene Linienführung direkt durch das Siedlungsgebiet und über der Ergolz beschlossen. Ein kurzsichtiger Beschluss, der Liestal nun über Jahrzehnte vor Herausforderungen gestellt hat. Diese Linienführung führt heute zu einer grossen Belastung von Mensch und Umwelt durch Lärm und Abgase. Zudem wurde der Lebensraum Ergolz komplett zerstört. Laut Ausführungen des Stadtrats, der sich auf Erkenntnisse des Bundesamts für Umwelt stützt, kann davon ausgegangen werden, dass die Sanierung der Umfahrungsstrasse – die einem Neubau gleichkommen würde – aus umweltrechtlichen Gründen nicht bewilligungsfähig ist (vgl. Einwohnerratsprotokoll vom 16. Dezember 2015). Daher ist die Prüfung und Planung von alternativen Linienführungen zwingend und dringend an die Hand zu nehmen.

Ich befürchte allerdings, dass sich der Kanton nicht um eine nachhaltige Lösung bemühen wird und sich die Fehler der Vergangenheit wiederholen: Aus finanzpolitischen Gründen wird auf eine Auslegeordnung verzichtet und die günstigste, aber kurzsichtigste Variante gewählt. Anlass für diese Vorbehalte gegenüber dem Kanton geben nicht nur die Projektgeschichte, sondern auch die jüngsten Ereignisse: Der Kanton hat die Umfahrungsstrasse während Jahren vernachlässigt. In der Hoffnung, dass der Bund die Strasse irgendwann übernimmt und sich der Kanton die Sanierungskosten deshalb sparen könnte, hat der Kanton das Bauwerk der Verlotterung preisgegeben. Die Fahrbahn könne wegbrechen, wenn ein Lastwagen zu weit gegen den Rand der Strasse fahre, warnte das kantonale Tiefbauamt kürzlich in den Medien. Mit einem Notkredit von zehn Millionen Franken, der vom Regierungsrat demnächst beantragt wird, soll die Umfahrungsstrasse nun notdürftig saniert werden. Damit soll sichergestellt werden, dass die einzelnen Strassenelemente nicht auseinanderbrechen und die Strasse befahrbar bleibt.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wann wurde der Stadtrat erstmals vom Kanton über den maroden Strassenzustand und die gravierenden Sicherheitsmängel auf dem Liestaler Strassenabschnitt A22 informiert? Welche Massnahmen wurden dabei in Aussicht gestellt – kurzfristig und langfristig?
2. Wann und mit welchen Argumenten hat der Kanton der Stadt Liestal seine „Taktik“ eröffnet, die Strasse an den Bund abzuschieben?
3. Hatte der Stadtrat Gelegenheit, auf die gravierenden Belastungen für Mensch und Umwelt der bestehenden Linienführung hinzuweisen? Wie hat der Kanton darauf reagiert?

4. Ist der Stadtrat bereit, sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln beim Kanton dafür einzusetzen, dass alternative, umwelt- und menschenverträgliche und insbesondere bewilligungsfähige Varianten zur aktuellen Linienführung der Umfahrung Liestal geprüft und geplant werden?
5. Ist der Stadtrat bereit, nötigenfalls selbst mit Variantenvorschlägen einer alternativen Linienführung an den Kanton zu gelangen?

Liestal, den 25. Januar 2016

\*\*\*\*\*

Stadtrat Franz Kaufmann sagt, die A22 beschäftigt schon sehr und werde heute ein weiteres Mal im Rat thematisiert. Kürzlich hatte ein Vertreter des Kantons gesagt, dass es sich eigentlich um eine Durchfahrungsstrasse und nicht um eine Umfahrungsstrasse handle. Im Zusammenhang mit der Einreichung des neuen Vorstosses sind von der Interpellantin auch wertvolle Recherchearbeiten gemacht worden, wofür er danke. Kürzlich hatte der Landrat einen Kredit von 6,2 Mio. Franken für bauliche Sofortmassnahmen im 2016 bewilligt und nächstes Jahr werden Überbrückungsmassnahmen im Zusammenhang mit der Statik usw. getroffen, damit das Bauwerk seine Dienste noch für die nächsten 10 - 15 Jahre erfüllen kann. Die Fragen der Interpellantin kann er wie folgt beantworten:

Zu Frage 1: Der Stadtrat hatte erstmals am 11. November 2015 um 17.00 Uhr von der prekären Situation vom Kanton erfahren.

Zu Frage 2: Das Wort „Taktik“ sollte vielleicht eher durch „Hoffnung“ ersetzt werden. Die Hoffnung ist auch nicht unberechtigt, denn dieser Strassenabschnitt ist ja als Ergänzung vom Nationalstrassennetz vorgemerkt, konnte aber wegen fehlenden finanziellen Mitteln noch nicht vom Bund übernommen werden.

Zu Frage 3: Ja, an den Sitzungen mit dem Kanton ist schon mehrmals auf diese Problematik aufmerksam gemacht worden. Vom Kantonsingenieur wird auch nicht das Gegenteil bewiesen, doch ist man wegen den fehlenden Finanzen einfach eingeschränkt.

Zu Frage 4: Ja, der Stadtrat bringt sich diesbezüglich immer wieder ein. Diesbezüglich hatte man auch eine Stellungnahme im Zusammenhang mit der Vernehmlassungsantwort zum Richtplan abgegeben.

Zu Frage 5: Es liegen verschiedene Lösungsvarianten auf dem Tisch. Bei einem Gespräch vom letzten Montag ist von der Baudirektion BL gesagt worden, dass weitere Varianten geprüft werden sollten. Problematisch dürfte bei einigen Varianten auch der zur Verfügung stehende Zeithorizont sein.

Anna Ott (GL) sagt als Interpellantin, sie sei zufrieden mit den Antworten, wünsche aber die Diskussion.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass die Diskussion im Rat unbestritten ist.

Anna Ott (GL) hält als Interpellantin fest, sie haben den Vorstoss eingereicht, damit sich früher gemachte Fehler nicht noch einmal wiederholen, indem man beispielsweise einfach kostengünstigen Varianten den Vorzug gibt, diese schlussendlich doch kurzsichtig sind. Die Unterhaltsarbeiten sind vom Kanton während Jahren vernachlässigt worden und wegen den fehlenden Finanzen ist die Taktik nun nicht aufgegangen, dass diese vom Bund übernommen wird. Dank dem bewilligten Landratskredit ist nun doch ein Zeitfenster aufgegangen, in welchem Alternativen zur bestehenden Strassenführung geprüft werden können. Die jetzige Strasse und Linienführung ist für die Bevölkerung und auch die Umwelt eine Belastung.

Thomas Eugster (FDP) unterstreicht das Votum der Interpellantin, denn die beschlossene Nachsanierung mit dem Zeitfenster muss als Chance gesehen und als solche auch innerhalb des Zeitfensters genutzt werden. Ein wichtiger Faktor ist halt schon, dass der Übergang an den Bund innert nützlicher Frist erfolgen kann. Die Landratsmitglieder des Bezirks werden den Stadtrat auch in seinen Bemühungen unterstützen, dass man die bestmögliche Lösung für Liestal finden und realisieren kann.

Bernhard Bonjour (SP) erklärt, dass es bei der Umfahrungsstrasse halt schon wesentlich auch um die Lebensqualität vieler Liestaler-Einwohner geht. So würde es schon interessieren, was mit den Lärmschutzwänden geht. In der Politik krankt man daran, dass man wie vorliegenden Fall die Frage stellt, ob nun der Bund, der Kanton oder die Gemeinde zur Kasse geben wird. Dabei wird nicht beachtet, dass schlussendlich in jedem Fall der Steuerzahler berappen muss. Die Hoffnung, dass die A22 vom Bund übernommen wird, bringt ja auch den Nachteil mit sich, dass es zu weiteren Verzögerungen kommt.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zur Interpellation keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2016/228.*

**368 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**3. Streetworkout-Anlage - Postulat „Streetworkout-Anlage auch in Liestal?“ von Hanspeter Stoll der SP-Fraktion (Nr. 2016/229)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*Liestal, im Januar 2016*

**Postulat: Streetworkout-Anlage auch in Liestal?**

*Fitnessstraining ist sehr beliebt. Wird Jugendlichen und Erwachsenen die Frage gestellt, welche Sportaktivität sie vermehrt ausüben möchten, dann steht Fitnessstraining auf der Wunschliste weit oben. Naturerlebnis, Gesundheit und Freude an der Bewegung sind die wichtigsten Motive zum Sporttreiben. Aus diesem Grund ist Fitnessstraining in der Natur, auf sog. Streetworkout-Anlagen, eine ideale Form von sportlicher Betätigung. Streetworkout ist ein kreatives Krafttraining, ausschliesslich mit dem eigenen Körpergewicht und einer Vielzahl an möglichen Kraftübungen ohne Hanteln oder sonstigen Zusatzgeräten.*

*Die erste Streetworkout-Anlage im Kanton Basel-Landschaft wurde am 31. August 2015 in Birsfelden eröffnet. Die Anlage ist in der Bevölkerung auf grosses Interesse gestossen und wird rege genutzt. Vor diesem Hintergrund hat der Regierungsrat am 8. Dezember weitere Mittel (aus dem Swisslos Sportfonds) für die Errichtung von acht zusätzlichen Streetworkout-Anlagen bewilligt. Jede dieser Anlagen soll mit einem Betrag von 60% an die Anschaffungs- und Erstellungskosten unterstützt werden. Bei Gesamtkosten von rund CHF 50'000.00 entspricht dies einem Beitrag von ca. CHF 30'000.00. Die Restfinanzierung hat jeweils die Standortgemeinde sicherzustellen. An den Gemeinden liegt es nunmehr, ihr Interesse an einer Streetworkout-Anlage zu bekunden. Offenbar haben sich bereits mehrere Gemeinden in dieser Sache beim Kanton gemeldet.*

*Mit dem vorliegenden Postulat soll der Stadtrat eingeladen werden, zu prüfen, ob auch in Liestal eine Streetworkout-Anlage errichtet werden soll; falls ja, wird der Stadtrat eingeladen, sein Interesse beim Kanton anzumelden.*

Hanspeter Stoll  
SP-Fraktion

\*\*\*\*\*

Stadtrat Daniel Muri sagt, der Stadtrat sei bereit, das Postulat zu übernehmen.

Hanspeter Stoll (SP) hält als Postulant fest, dass er den Vorstoss bereits im Januar eingereicht hatte, das Geschäft aber mehrmals wegen Zeitmangel vertagt werden musste. Die vom Kanton grösstenteils finanzierten Sportanlagen stossen in den Gemeinden auf grossen Anklang und eine der ersten Anlagen ist in Birsfelden aufgestellt worden, wo man sehr gute Erfahrungen macht. Weitere Gemeinden haben ihren Bedarf bereits angemeldet und deshalb müsste Liestal raschmöglichst reagieren, wäre man an einer solchen Sportanlage auch interessiert. Er hofft auf eine baldmöglichste Realisierung an einem zentralen Ort in Liestal.

Lisette Kaufmann (GL) meint, der Vorstoss habe in ihrer Fraktion Anlass zu regen Diskussionen betreffend der Notwendigkeit einer solchen Anlage gegeben. Ein Teil der Fraktion wird der Überweisung zustimmen, damit weitere Detailabklärungen vom Stadtrat geprüft werden können.

Daniela Reichenstein (FDP) meint, auch in ihrer Fraktion sind verschiedene Meinungen diskutiert worden, wobei man sich mehrheitlich gegen eine Überweisung ausspricht. Dies vor allem mit dem Argumentarium, dass Liestal bereits über genügend Sport- und Freizeitanlagen verfüge. Natürlich würde die Anschaffung vom Kanton mitfinanziert, doch für die künftigen Unterhaltskosten haben die Gemeinden selbst aufzukommen.

Denise Meyer (SVP) bemerkt, der neue Vorstoss habe auch in der SVP-Fraktion zu grösseren Diskussionen Anlass gegeben. Dass auch bei dieser Sportanlage Folgekosten anfallen dürften, wird wohl unbestritten sein. Ihre Fraktion wird die Postulatsüberweisung unterstützen.

Patrick Mundschin (CVP/EVP/GLP) informiert, dass in der Mittefraktion die Meinungen unterschiedlich sind. Die Angebote an Sportanlagen in Liestal sind vielfältig und zahlreich, zudem ist auch die Standortfrage nicht geklärt. Ferner dürfte es nicht die Aufgabe der Stadt sein, ein solches Projekt zu realisieren.

Hanspeter Stoll (SP) ist erfreut darüber, dass sein Vorstoss in allen Fraktionen rege diskutiert wurde. Die Anlage ist nicht eine Riesensache und dürfte auch bezüglich Vandalenakten kein Problem sein. In Birsfelden fallen keine Unterhaltskosten an und die Gemeinde muss lediglich für die Abfallentsorgung besorgt sein. Die bereits bestehenden Anlagen im Gitterli dürften wohl eher ältere Personen ansprechen, doch eine Streetworkout-Anlage wird wohl eher von Jugendlichen benützt. Dem Vorstoss sollte doch eine Chance gegeben und dieser an den Stadtrat überwiesen werden, damit der Stadtrat noch weitere Abklärungen treffen und Fragen prüfen kann. Basierend auf dem stadträtlichen Bericht kann dann der Rat immer noch entscheiden, ob er die Sportanlage nun haben möchte oder nicht. Erwähnen möchte er auch, dass beispielsweise auch Spielplätze von der Stadt unterhalten werden und diese ja auch nicht wegen den Unterhaltskosten geschlossen werden.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) meint, dass die Sportanlagen im Gitterli erfreulicherweise rege benutzt werden. Im Zusammenhang mit den von ihr im Zusammenhang mit der bestehenden Skateboard-Anlage gemachten Feststellungen müsste der Abfallentsorgung bei solchen Anlagen generell mehr Beachtung geschenkt werden. Braucht es denn für den Betrieb einer Streetworkout-Anlage noch eine Beleuchtung?

Hanspeter Stoll (SP) führt aus, auch die Fragen und Inputs seiner Vorrednerin könnten vom Stadtrat nach einer Postulatsüberweisung noch geprüft und beantwortet werden.

Thomas Eugster (FDP) nimmt Bezug auf das Votum des SP-Fraktionssprechers beim vorgängigen Traktandum und stellt fest, dass auch die Anschaffung und der Betrieb von Streetworkout-Anlagen von den Steuerzahlern berappt werden muss, sei dies mit Kantons- oder Gemeindesteuern. Bei den Streetworkoutanlagen handelt es sich um eine Trendsport-Anlage und so schnell wie diese in sind, sind diese meist auch wieder out.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Vorstoss keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2015/229 wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

**369 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**4. Petition „Bahnhofumbau: Hindernisfreier und sicherer Zugang zum Bahnhof und Durchgang zum Stadtzentrum aus dem Oristal, dem Tiergarten-/Sichternquartier und dem Wiedenhub“ der SP Liestal (Nr. 2016/233)**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) teilt mit, dass die Petition von der SP Liestal am 25. Februar 2016 eingereicht wurde und der Einwohnerrat nun die Möglichkeit hat, diese zur Kenntnis zu nehmen, in Form eines Postulates an den Stadtrat zu überweisen oder zur Kenntnisnahme an den Stadtrat zu überweisen.

Bernhard Bonjour (SP) stellt namens der SP-Fraktion den Antrag, dass die Petition als Postulat an den Stadtrat überwiesen wird, theoretisch könnte diese auch als Motion überwiesen werden. Das Begehren der Petitionäre ist ein wichtiges Anliegen und fand bei der Unterschriftensammlung eine breite Unterstützung. Lösungen müssen gefunden werden, bevor die langjährigen Bauarbeiten beim Bahnhof abgeschlossen sind, denn während der Bauzeit dürfte sich die Situation noch mehr verschlimmern. Man braucht nicht eine Endlösung irgendwann einmal, sondern vor Beginn der Bauarbeiten beim Bahnhof.

Stadtrat Franz Kaufmann informiert darüber, dass der Stadtrat die Petition nicht als Postulat übernehmen möchte, denn der Rat soll ihm die Bittschrift doch einfach zur Kenntnisnahme überweisen. Nach Abschluss der Bauarbeiten wird auch Liestal über einen behindertengerechten Bahnhof verfügen. Im Zusammenhang mit einem früheren Vorstoss ist eine Liftanlage thematisiert worden, doch hatte man sich grossmehrheitlich gegen die Realisierung eines solchen Projektes ausgesprochen, da die Kosten und der Aufwand für eine Zwischenlösung unverhältnismässig waren. Vom SBB-Projektleiter ist ihm heute versichert worden, dass auch während den Bahnhof-Bauarbeiten ein behindertengerechter Zugang ins Oristal und Sichterngebiet gewährleistet wird, sei dies mit Rampen, einem provisorischen Lift usw. Den Umweg mit einer Überweisung der Petition als Postulat an den Stadtrat kann man sich ersparen, da der Stadtrat in seiner Postulatsbeantwortung wohl nicht mehr berichten kann, als das, was er heute bereits schon gesagt hatte.

Dominic Odermatt (FDP) sagt, auch in seiner Fraktion wird der aktuelle Zustand als unhaltbar beurteilt. Ende 2014 war ein Postulat mit ähnlichen Forderungen hier im Einwohnerrat bereits ein Thema, wobei der Vorschlag für einen Lifteinbau dann wegen den hohen Kosten im sechsstelligen Betrag nicht weiter verfolgt wurde, zumal diese Investition nur für ein Provisorium für wenige Jahre getätigt worden wäre. Gestützt auf § 53 des ER-Geschäftsreglementes stellt die FDP-Fraktion aber den Antrag, dass die Petition lediglich zur Kenntnisnahme an den Stadtrat überwiesen wird.

Hanspeter Meyer (SVP) hält fest, dass er das Votum seines Vorredners unterstützen kann und seine Fraktion den Antrag der FDP unterstützen wird.

Hanspeter Zumsteg (GL) führt aus, dass bereits das vor vier Jahren an den Stadtrat überwiesene Postulat Nr. 2012/205 seiner Fraktion ja bereits in der Planung des Bahnhofumbau eingeflossen sei, weshalb eine Überweisung der Petition als Postulat an den Stadtrat wohl wenig Sinn macht. Die Grüne Fraktion wird deshalb eine Überweisung der Petition an den Stadtrat zur Kenntnisnahme unterstützen.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass die Mittelfraktion die Voten der meisten Vorredner unterstützt und deshalb den Antrag der FDP-Fraktion unterstützen wird.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Geschäft und der Petition keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Rat Kenntnis von der Petition der SP Liestal.

://: Dem Antrag der SP-Fraktion für eine Überweisung der Petition als Postulat an den Stadtrat stimmen 9 Ratsmitglieder zu, mit 29 Stimmen wird die Petition gemäss Antrag der FDP-Fraktion grossmehrheitlich zur Kenntnisnahme an den Stadtrat überwiesen.

**370 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**5. Ladenmix - Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat „Attraktiver Ladenmix im Stedtli“ von Diego Stoll namens der SP-Fraktion, Thomas Eugster namens der FDP-Fraktion, Beat Gränicher namens der SVP-Fraktion und Lisette Kaufmann namens der Grünen Fraktion (Nr. 2014/162)**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Sie kann nach Umfrage festhalten, dass sich die Postulanten zum stadträtlichen Zwischenbericht nicht äussern möchten.

Stadtpräsident Lukas Ott erklärt, mit der Studie Wüest & Partner AG sei das Potential der Rathausstrasse untersucht und Vorschläge betreffend der weiteren Entwicklung gemacht worden. Die Zustandsanalyse ist sehr nah am Markt erstellt worden und daraus ist kein Papiertiger geworden. In der Folge wurde eine Projektorganisation ins Leben gerufen. Die Stadt und KMU Liestal prüfen nun in einer Arbeitsgruppe diejenigen acht Handlungsfelder, die zu einer Attraktivitätssteigerung beitragen könnten. Ziel ist es, dass man nach Abschluss der Rathausstrassen-Sanierung ab 2018 auf den neuen Grundlagen arbeiten kann.

Thomas Eugster (FDP) dankt als Mit-Postulant sowie FDP-Fraktionssprecher für den stadträtlichen Zwischenbericht und kann sich mit den formulierten Zielsetzungen einverstanden erklären. In der Studie werden viele Ideen aufgezeigt, doch fehlen in dieser beispielsweise die exakten Befindlichkeiten betreffend der ortsansässigen und auswärtigen Einkäuferschaft von Liestal, wie sie bei einer KMU-Umfrage erhoben wurde. Der Zugang vom Bahnhof zum Stedtli ist unbefriedigend und verbesserungswürdig. Bei den weiteren Abklärungen sollte auch der Zusammenlegung von Miet- und Nutzflächen die gebührende Beachtung geschenkt werden.

Diego Stoll (SP) dankt als Postulant ebenfalls für den stadträtlichen Zwischenbericht, welcher doch über viele wertvolle Informationen verfügt. In der Studie sind schon einige Passagen drin, wo man sich schon fragen kann, ob denn diese nun 1:1 auf Liestal passen. Dass der Stadtrat als Koordinator tätig ist, aber nicht übermässig einwirken möchte, findet er gut und lobenswert. Seine Fraktion wird den Zwischenbericht wohlwollend zur Kenntnis nehmen.

Hanspeter Meyer (SVP) unterstützt die Voten der beiden Vorredner, möchte aber die ganze Thematik doch noch in einen etwas grösseren Rahmen stellen. Die Öffentlichkeit kann natürlich betreffend dem Ladenmix nur sehr schwer oder gar nicht Einfluss nehmen, liegt doch die Verantwortung bei den Liegenschaftseigentümern und Geschäftsinhabern. Die Gemeinden können aber doch Unterstützung mit einfachen Rahmenbedingungen anbieten. Der bereits erwähnte Zugang vom Bahnhof zum Stedtli ist sehr wichtig. Mehr als die Hälfte der Einkäuferschaft kommt von auswärts und dies halt meistens mit Autos, weshalb auch attraktive Parkplatzangebote wichtig sind, da ja die grössten Konkurrenten die Einkaufszentren mit Gratis-Parkplätzen sind. Der im Bericht erwähnte Strukturwandel in den Städten, die Zunahme des Onlineverkaufs usw. wird nicht aufzuhalten sein. Und gerade deshalb ist es wichtig, dass alle am gleichen Strick ziehen. Der Stadtrat hat sehr viel Positives aus der Studie gemacht und seine Fraktion wird den Zwischenbericht ebenfalls zur Kenntnis nehmen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass seine Fraktion das Postulat als einzige Fraktion nicht unterstützt habe und nach wie vor der Meinung ist, dass ein attraktiver Ladenmix nicht eine öffentliche Aufgabe sein kann. Zu dieser Einsicht ist wohl auch der Stadtrat gekommen, hatte er doch nach der Postulatsüberweisung eine Studie in Auftrag gegeben, doch ist darin von einem Ladenmix überhaupt nicht die Rede. Der Rat hatte lediglich das Postulat an den Stadtrat überwiesen, diesem jedoch nicht den Auftrag erteilt, einen Auftrag für das Erstellen einer Studie zur generellen Wirtschaftsförderung zu erteilen, welche gemäss

Budget rund CHF 100'000.-- kosten wird. Die Studie von Wüest & Partner ist zwar nicht demokratisch abgesegnet worden, dürfte aber doch sehr wertvoll sein, da darin einige Ansätze enthalten sind, welche man unbedingt weiter verfolgen sollte. Man müsste sich dann aber auch an die Studienresultate halten, selbst wenn sie einem nicht passen. Diesbezüglich sei die Aussage in der Studie betreffend einem genügend grossen Parkhaus-Angebot erwähnt, von welcher man bei der Kreditbewilligung im Zusammenhang mit dem Parkhaus Rebgarten bereits nichts mehr wissen wollte.

Lisette Kaufmann (GL) meint, ihre Fraktion bedanke sich für den Zwischenbericht und man gehe wohl schon in die richtige Richtung. Entwicklungen und Veränderungen sind in Gange und es ist wohl längst nicht mehr so, dass die meisten Einkäufe im Stedtli gemacht werden. Mit solchen Tatsachen muss man sich wohl einfach abfinden und konstatieren, dass grundsätzlich Veränderungen wohl kaum mehr möglich sein werden. Der Fokus soll deshalb nicht alleine auf die Einkäufe beschränkt werden, denn auch andere Angebote und Nutzen sollen im Stedtli Platz haben können. Ihre Fraktion wird positiv vom stadträtlichen Zwischenbericht Kenntnis nehmen.

Peter Küng (SP) führt als betroffener Ladenbesitzer in der Rathausstrasse aus, dass er die Ansätze des stadträtlichen Berichtes sehr gut finde. In seiner Branche häufen sich die Konkurse und im Zusammenhang mit den Strukturänderungen sind beispielsweise grössere Verkaufsflächen gefragt. Von diesen Veränderungen sind viele Beteiligte betroffen, unter anderem auch die Politik und Behörden bezüglich Gesetzesauflagen, Regulierungen usw. Die Studienverfasser haben einen tollen Flug über die Rathausstrasse gemacht, doch wäre es ihm lieber gewesen, wenn man vermehrt das ganze Stedtli betrachtet hätte. Und wenn dann einmal seine Motion Nr. 2014/124 betreffend einer Fussgängerzone im Stadtkern thematisiert wird, würde er auch gerne mitdiskutieren.

Diego Stoll (SP) meint, bereits bei der Postulatsüberweisung sei hier im Rat klar hervorgegangen, um was es beim Vorstoss und auch dem stadträtlichen Auftrag gehe. Er findet es zudem störend, dass einmal mehr von der Mittefraktion nur einzelne Passagen im Zusammenhang mit dem Parkhaus Rebgarten aus der Studie zitiert wurden, welche aber nicht die Gesamtbetrachtung und -beurteilung der Studienverfasser widerspiegeln.

Stadtpräsident Lukas Ott dankt für die mehrheitlich gute Aufnahme des Zwischenberichtes. Auch ist der Stadtrat bemüht, konkrete Massnahmen erarbeiten zu können. Die Veröffentlichung des Studienberichtes sowie die öffentliche Diskussion ist wichtig. Auch er hatte etwas Mühe mit dem Votum des Fraktionssprechers der Mittefraktion und diesbezüglich halte er fest, dass die Studie nicht TCHF 100, sondern TCHF 50 gekostet hat. Die Erarbeitung der Studie mit einer Aussensicht doch wichtig sei, damit keine selbstbezogenen Diskussionen geführt werden und man sich am gleichen Ort dreht. Ein Denkverbot macht schlussendlich keinen Sinn, denn die Entwicklung einer Innensicht von auswärts kommenden Inputs ist sehr wichtig. Es ist sinnvoll und nötig, dass man nun den laufenden Prozess zulässt, auch wenn dieser nicht jeder Zeile des Postulates entspricht. Er kann seinem Vorredner zustimmen, dass man bei den weiteren Abklärungen den Perimeter nicht nur auf die Rathausstrasse, sondern auf das ganze Stedtli erweitert.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr bei 6 Enthaltungen nimmt der Rat Kenntnis vom stadträtlichen Zwischenbericht gemäss Vorlage Nr. 2014/162a.

**371 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**6. Verlauf Einwohnerratsgeschäfte - Bericht Stadtrat zum Postulat von Corinne Hügli der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Aufnahme des „Verlaufs“ der Einwohnergeschäfte in die Liestaler Webseite (Nr. 2015/183)**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Die Postulantin ist nicht mehr im Amt und so möchte sich jemand aus der Mitte-Fraktion zum stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2015/183a äussern.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) erklärt stellvertretend für die Postulantin, dass man es toll finde, dass der Vorschlag der Postulantin bereits umgesetzt wurde. Das Postulat ist erfüllt und kann auch abgeschrieben werden. Hinweisen möchte sie darauf, dass bei einigen Geschäften die Lauf-Nummer nicht erfasst wurde.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) bemerkt, dass nun die Einwohnergeschäfte sehr übersichtlich und benutzerfreundlich auf der Homepage ersichtlich sind, wofür er sich bei den Verantwortlichen bereits an der März-Sitzung bedankt hatte. Den stadträtlichen Anträgen wird man zustimmen.

Dominic Odermatt (FDP) dankt ebenfalls für die rasche und kostengünstige Umsetzung, welche die Arbeit derjenigen Ratsmitglieder erleichtert, welche möglichst ohne Papier arbeiten möchten. Die FDP-Fraktion wird der Postulatsabschreibung ebenfalls zustimmen.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Rat Kenntnis vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2015/183a.

://: Das Postulat Nr. 2015/183 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

**372 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**7. Abfallbeseitigung und -vermeidung - Schriftliche Beantwortung der Interpellation „Neue Möglichkeiten zur Abfallbeseitigung und -vermeidung von Roman Schmied der Grünen Fraktion und Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2015/230)“**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) erklärt, dass die Interpellation vom Stadtrat wunschgemäß schriftlich beantwortet wurde.

Romand Schmid (GL) hält als Interpellant fest, dass er für die stadträtlichen Antworten danke und die Diskussion wünsche.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass vom Rat die Diskussion nicht bestritten wird.

Roman Schmied (GL) erklärt als Interpellant, im Zusammenhang mit der stadträtlichen Beantwortung der ersten Frage werde erwähnt, dass die Abfallgebühren eine nicht zu unterschätzende Ausgabe im Haushaltsbudget einer Normalfamilie sei. Es kann ja sein, dass er selbst überdurchschnittlich verdiene oder eine Normalfamilie mehr Abfall als er produziere, doch kann man bei einer wöchentlichen Abfallgebühr von CHF 1.50 nicht von einer signifikanten Ausgabe sprechen. Auch entspricht diese Gebühr nicht den tatsächlichen Kosten der Abfallbeseitigung.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) gibt bekannt, dass er als Mitunterzeichner der Interpellation keine Ergänzungen anzubringen habe.

Dominique Meschberger (SP) legt dar, dass die Trennung des Abfalls sehr wichtig ist und Liestal diesbezüglich auf einem guten Weg ist. Ihre Fraktion frage sich aber schon, ob es beispielsweise Sinn macht, dass man zur Entsorgung von Plastikabfällen nach Bubendorf fahren muss oder ob es vielleicht eine andere bessere Lösung gäbe. Auch würde sicher ein vermehrtes Engagement für eine Aufklärung der Bevölkerung zum Thema Abfallvermeidung Sinn machen. Auch könnte eine Abfallkommission weitere Ideen sammeln und Verbesserungsvorschläge im Zusammenhang mit der Abfallbeseitigung und -vermeidung prüfen.

Daniel Spinnler (FDP) teilt mit, dass die Senkung der Abfallgebühren verpflichtend und auch gesetzeskonform ist. Lenkungsinstrumente zur Reduktion und Vermeidung von Abfällen machen durchaus Sinn. Ein grosser Teil des Abfalls kommt ja von der Verpackungsindustrie her und so dürfte beispielsweise eine Lenkungsabgabe nur auf Bundesebene gelöst werden können.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) unterstützt das Votum der SP-Fraktionssprecherin und regt an, dass man ja auch Häckseldienste, Eisenabfuhr-Sammlungen usw. anbieten könnte.

Stadträtin Regula Nebiker dankt für die gute Aufnahme der Interpellationsbeantwortung im Rat und sagt, dass sich die Abfallentsorgung im Moment in einem sehr starken Umbruch befindet. Auch möchte sie davor warnen, dass alle Dienstleistungen der Öffentlichkeit länger und mehr mit Gebühren sowie Spezialfinanzierungen rückfinanziert werden. Die Sensibilisierung der Bevölkerung betreffend einer vermehrten Abfallvermeidung ist begrüssenswert.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2016/230.*

**373 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**8. Parkplätze Brodtbeckareal - Beantwortung der Interpellation „Parkplätze Brodtbeckareal“ von Rolf Gutzwiller der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2016/231)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Rolf Gutzwiller  
Einwohnerrat GLP

Liestal, 26.01.2016

**Parkplätze Brodtbeckareal  
Interpellation**

Die provisorischen Parkplätze auf dem ehemaligen Brodtbeckareal haben schon eine längere Historie hinter sich:

- a) Das Postulat 2012-09 vom 27.08.2012 von Hanspeter Meyer betreffend überdimensionierter Parkplatz-Anlagen rund um die kantonalen Verwaltungsgebäude und Spitäler verlangte vom SR, mit dem Kanton Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, die Parkplatzbewirtschaftungen zwischen Kanton und Stadt abzustimmen und eine massive Verringerung der oberirdischen Parkplätze des Kantons zu erreichen.
- b) Der SR antwortete am 15.01.2013, der SR "wird sich zu gegebener Zeit dafür einsetzen, dass die dann vom Kantonsspital nicht mehr benötigten oberirdischen Parkplätzen rückgebaut werden".
- c) Der ER vom 20.03.2013 folgte dem SR nicht und schrieb das Postulat 2012-09 nicht ab.
- d) Im Rahmen der Sammelvorlage Verkehr 2014-144 schrieb der SR diesbezüglich: "Parzellen rund ums Kantonsspital: Bis das EBL Parkhaus erstellt ist, wird sich in diesem Gebiet nichts ändern. Zurzeit ist die Realisierung blockiert durch eine Einsprache beim Kantonsgericht". Der ER schrieb darauf am 25.03.2015 unter anderem auch das Postulat 2012-09 ab.
- e) Auf eine Interpellation L. Kaufmann/J. Holinger (GP), Provisorische Parkplätze Brodtbeck-Areal, 2013-97, antwortete der SR am 14.01.2014 auf die Frage, bis wann die Parkplätze denn nun rückgebaut würden: "Bis zur Fertigstellung des neu geplanten Parkhauses (QP Mühlematt, EBL), jedoch **spätestens bis zum 31.12.2015.**"
- f) Am ER vom 14.01.2014 wurde die Interpellation behandelt und nach der stadträtlichen Beantwortung (siehe Punkt e) erledigt (siehe z.B. Votum von Stefan Fraefel: "... Denn was machen wir, wenn beispielsweise das EBL-Parkhaus Ende 2015 noch nicht steht? Vermutlich muss man dann mit einem weiteren Provisorium rechnen und genau das ist doch das falsche Signal...")
- g) Die Parkplätze sind aktuell noch vorhanden und in Betrieb.

Ich bitte deshalb den Stadtrat um schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

1. Was ist der Grund, dass die am 14. Januar 2014 mit der Beantwortung der Interpellation 2013-97 gemachte Aussage nicht eingehalten wurde?
2. Wurde die Baubewilligung (Baugesuche Nr. 1681/2003 und 1682/2003, „Prov. Ersatzparkplätze Kantonsspital“) vom 24.04.2012, welche bis zur Fertigstellung des neu geplanten Parkhauses (QP Mühlematt, EBL), jedoch längstens bis zum 31.12.2015 verlängert worden war, abermals verlängert; falls ja, durch wen?
3. Bis wann kann mit der Aufhebung der genannten Parkplätze gerechnet werden?
4. Teilt der SR meine Meinung, dass nicht eingehaltene Versprechungen dem Verständnis der Bevölkerung für die Belange der Politik abträglich sind?

Liestal, im Januar 2016

sig. Rolf Gutzwiller

\*\*\*\*\*

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) hält fest, dass die stadträtliche Interpellationsantwort Nr. 2016/231a den Ratsmitgliedern mit E-Mail vom 24.05.2016 zur Kenntnis gebracht und an der heutigen Sitzung als Tischpapier verteilt wurde.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) dankt als Interpellant für die Beantwortung seiner Fragen und wünscht die Diskussion.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass die Diskussion unbestritten ist.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) merkt als Interpellant an, er habe die Interpellationsantwort erst anfangs Nachmittag erhalten. Er hatte seinen Vorstoss bereits im Januar eingereicht und dieser war schon mehrmals traktandiert worden, wobei er die gewünschte schriftliche Antwort erst vor ein paar Stunden erhalten habe. Mit den Antworten sei er aber grundsätzlich zufrieden. Die vom Stadtrat gemachte Aussage, dass die provisorischen Parkplätze längstens bis zum 31.12.2015 aufgehoben werden, ist nicht vollzogen worden. Diese Aussage ist heikel, ist doch der Vollzug nicht von der Fertigstellung des neuen Parkhauses beim QP Mühlematt abhängig gemacht worden. Aus den mehrmaligen Verlängerungen von Provisorien könnte sich schlussendlich gar ein Gewohnheitsrecht ergeben. Kann dann das Areal bzw. die Brache wiederum als provisorische Parkfläche zu Gunsten eines anderen Bauvorhabens genutzt werden? Bei der damaligen Schaffung der Parkfläche war er noch nicht im Einwohnerrat und dennoch hatte er als Mitglied des Natur- und Vogelschutzvereins Liestal mit Bedauern von der Abbau- und Rodungsaktion des Kantons Kenntnis nehmen müssen.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) führt aus, dass die schriftliche Interpellationsantwort vom Ratsschreiber gestern um 14.25 Uhr verschickt wurde. Vermutlich ist die E-Mail bei den Swisscom-Abonnenten erst mit Verspätung eingetroffen.

Marianne Quensel (SP) hält fest, dass die Parkplätze grossmehrheitlich von Angestellten des Spitals belegt werden, doch das wird ja nach der Fertigstellung des neuen Parkhauses ja nicht mehr nötig sein.

Hanspeter Meyer (SVP) meint, er selbst sei im Rat betreffend dem Parkplatz beim Brodtbeck-Areal schon mehrmals vorstellig geworden und er danke dem Stadtrat für die Interpellationsbeantwortung. Der Stadtrat kann selbst nicht viel unternehmen und der Kanton ist ein unzuverlässiger Partner, welcher immer wieder Versprechen abgibt, diese aber nicht hält. Weitere Brachen des Kantons in Liestal sind hier im Rat ja auch bestens bekannt.

Stadtrat Franz Kaufmann entschuldigt sich für die späte schriftliche Beantwortung des Vorstosses. Das Spital ist einer der grössten Arbeitgeber in Liestal und dieses ist sich auch der Problematik bewusst. Mit dem Kanton wurde vereinbart, dass über das gesamte Gebiet ein Masterplan gemacht wird, damit man weiss, wie die Grundstücke des Kantons künftig genutzt werden können. Das Brodtbeck-Areal liegt in der WG3-Zone und gehört dem Spital, welches nach der Aufhebung der provisorischen Parkplätze über die künftige Nutzung des Areals entscheiden wird.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zur Interpellation keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2016/231.*

**374 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**9. Büchelistrasse - Beantwortung der Interpellation „Durchgangsverkehr Büchelistrasse“ von Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion (Nr. 2016/234)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal  
Hanspeter Zumsteg  
Fraktion Grüne Liestal*

**Interpellation Durchgangsverkehr Büchelistrasse**

*An der ER-Sitzung vom 25. März 2015 hat der Einwohnerrat bei der Behandlung der Sammelvorlage "Verkehr 2014-144a" zum Bücheliplatz mit 32 zu 4 Stimmen dem BPK-Antrag zugestimmt und damit den Stadtrat eingeladen, die folgenden Massnahmen zu treffen:*

- Ersetzung der Töpfe beim Café Mühleisen durch kleinere Töpfe*
- Erstellung einer zusätzlichen Sitzgelegenheit in der Büchelistrasse (bei der Garage)*
- Erweiterung der Begegnungszone bis zum Neuweg (Rumpel)*
- Empfindliche Verlängerung der Rotlichtphase bei der LSA am Gestadeckplatz*
- Punktuelle Durchführung von Geschwindigkeitskontrollen*
- Zeitweiser Einsatz von Geschwindigkeitsanzeigen*
- Regelmässige Durchführung von Verkehrsmessungen*

*Falls der Kanton nicht bereit sein sollte, die LSA entsprechend den Wünschen der Stadt zu steuern, beantragt die Kommission dem Rat einstimmig, den Stadtrat einzuladen, die folgende Massnahme zu treffen:*

- Partielle Sperrung der Büchelistrasse ab Neuweg (Rumpel) bis zum Gestadeckplatz für den MIV (nicht hingegen für den ÖV).*

*Nach einem Jahr benutzen die durchfahrenden Autos die Begegnungszone Büchelistrasse leider immer noch mehrheitlich als reine Durchgangsrouten zum Gestadeckplatz.*

*Der Stadtrat wird deshalb eingeladen, folgende Frage schriftlich zu beantworten:*

- 1. Welche der vorgeschlagenen baulichen Massnahmen wurden umgesetzt?*
- 2. Wie wirkt sich die Verlängerung der Rotlichtphase bei der LSA Gestadeckplatz aus?*
- 3. Welche Resultate brachten die regelmässigen Verkehrsmessungen?*
- 4. Ist der SR gewillt, seine selbst vorgeschlagene Sperrung ab Rumpel für den Individual-Autoverkehr umzusetzen?*

*Natürlich soll die Zufahrt für Anlieferung und für Kunden zu den Geschäften in der Altstadt via Rumpel sichergestellt sein, die Attraktivität des Einkaufszentrum Liestal soll ja gestärkt werden.*

*Liestal, 12.03.2016*

*Hanspeter Zumsteg*

\*\*\*\*\*

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) hält fest, dass die stadträtliche Interpellationsantwort Nr. 2016/234a den Ratsmitgliedern mit E-Mail vom 24.05.2016 zur Kenntnis gebracht und an der heutigen Sitzung als Tischpapier verteilt wurde.

Hanspeter Zumsteg (GL) ist als Interpellant teilweise zufrieden mit den Antworten und wünscht die Diskussion.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass die Diskussion unbestritten ist.

Hanspeter Zumsteg (GL) hält als Interpellant fest, dass er in seinem Vorstoss sagt, dass die Zufahrt zu den Geschäften in der Altstadt via Rumpel für die Anlieferung und Kundschaft weiterhin möglich sein soll. Die im März 2015 vom Stadtrat gemachten Zusagen im Zusammenhang mit der Verkehrsvorlage Nr. 2014/144 sind mit Ausnahme der Rotlichtphasen-Verlängerung bei der Lichtsignalanlage am Gestadeckplatz nicht umgesetzt worden. Gemäss stadträtlichen Antwort sind weder Zählungen noch Geschwindigkeitsmessungen vorgenommen worden und die Ausdehnung der Begegnungszone bis zum Rumpel wird doch genau von diesen Messungen abhängig gemacht. Er frage sich schon, wie ernst es der Stadtrat mit der Umsetzung der verkehrsberuhigenden Massnahmen in der Büchelstrasse wirklich meint.

Diego Stoll (SP) meint, er sehe es nicht ganz so dramatisch wie der Interpellant. Dass man die Töpfe beim Café Mühleisen nicht ersetzen möchte, sei für ihn angesichts den unverhältnismässigen Kostenfolgen auch nachvollziehbar. Er bedauert es auch, dass die Messungen und Zählungen noch nicht vorgenommen wurden, doch dies kann ja noch nachgeholt werden, damit man sich zur gegebenen Zeit auf Zahlen und Fakten abstützen kann.

Thomas Eugster (FDP) stimmt seinem Vorredner zu und hält fest, dass die Reihenfolge betreffend den zu treffenden Massnahmen auch in der BPK thematisiert wurde. Es wäre natürlich schon wichtig, dass noch Zählungen und Messungen vorgenommen werden.

Markus Rudin (SVP) orientiert, auch seine Fraktion stimme dem vorgeschlagenen weiteren Vorgehen zu.

Stadtrat Franz Kaufmann teilt mit, dass es dem Stadtrat schon ernst ist betreffend den Verkehrsberuhigungsmassnahmen und so habe man mit der wirkvollsten Massnahme mit der Phasenverkürzung bei der Lichtsignalanlage begonnen, was durchaus Wirkung zeigte. Und angesichts der bevorstehenden Rathausstrassen-Baustelle wollte man die Leute nicht mit zusätzlichen Strassensperrungen verärgern. Die noch ausstehenden Zählungen werden vorgenommen und auch weitere Massnahmen werden noch durchgesetzt.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zur Interpellation keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2016/234.*

**375 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**10. Rosenstrasse - Postulat „Tempo 30 in der Rosenstrasse“ von Lisette Kaufmann, Michael Durrer und Roman Schmied der Grünen Fraktion (Nr. 2016/242)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*Postulat*

***Tempo 30 in der Rosenstrasse***

*Die Rosenstrasse ist eine wichtige Verbindung zum Gitterli, zur Musikschule, zum Kunstturnzentrum (NKL), ins Heidenloch und ins nördliche Lausen. Das Gestadeckschulhaus wird von Schülerinnen und Schülern zum Teil via Rosenstrasse erreicht.*

*Die Strasse wird vielseitig genutzt, von Autos, Fussgängern und Fahrradfahrern. Sie ist jedoch zu eng, um Platz für ein Fahrrad und ein mit 50 km/h fahrendes Auto zu bieten. Das Resultat ist, dass Fahrräder entweder auf dem Trottoir fahren oder den Autos das Überholen verunmöglichen. Die Gefährlichkeit dieser Situation würde durch eine hypothetische Sperrung der A22 und den daraus resultierenden Mehrverkehr noch verschärft.*

*Wir bitten den Stadtrat zu prüfen und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie die Situation, vor allem für den Langsamverkehr, verbessert werden kann und die Strasse sicherer gemacht werden kann.*

*Konkret bitten wir zu prüfen, ob auf der Rosenstrasse Tempo 30 eingeführt werden kann.*

*Liestal, den 26. April 2016*

*Lisette Kaufmann*

*Michael Durrer*

*Roman Schmied*

\*\*\*\*\*

Stadtrat Franz Kaufmann sagt, für den Stadtrat ist Tempo 30 der Aufhänger für die Betrachtung der Rosenstrasse. Auch die Übernahme der Rosenstrasse durch den Kanton gemäss Verkehrskonzept ist ein Thema. Der Stadtrat ist bereit, das Postulat zur Prüfung und Beantwortung zu übernehmen.

Michael Durrer (GL) ist als Postulant erfreut darüber, dass der Stadtrat den Vorstoss übernehmen würde. Vom KV Liestal bis ins Gitterli kommt man an mehreren Sportstätten sowie Schulen vorbei, welche vorwiegend von Kindern und Jugendlichen genutzt werden. Diese sind wiederum meist zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs. Die Velos und Autos kommen an einigen Stellen der Rosenstrasse nur sehr schwer aneinander vorbei und so weichen die Velofahrer meist auf das Trottoir aus, was wiederum für die Fussgänger gefährlich wird. Es besteht heute schon Handlungsbedarf und sollte es gar noch zur Sperrung der A22 kommen, so würde der Verkehr massiv zunehmen und die Rosenstrasse auch vermehrt von Lastwagen frequentiert. Vom Stadtrat sollten deshalb Massnahmen geprüft werden, die für eine bessere Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer beitragen könnten. Eine solche Massnahme wäre natürlich die Einführung von „Tempo 30“. Man weiss mittlerweile dank Messungen und Statistiken, dass Tempo 30 den Verkehr nicht behindert, sondern dass es weniger Stau gibt und der Verkehrsfluss verbessert wird. Die Angst, dass man mit Tempo 30 langsamer oder weniger gut ans Ziel kommt, ist unbegründet und falsch. Auch die Lärmbelastung sinkt, was ein weiterer erfreulicher Nebeneffekt ist.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) legt dar, dass die Rosenstrasse eine wichtige Verbindungsstrasse sowie Verkehrsachse für Schwertransporte durch das Baselbiet ist. Und sollte einmal aus irgendwelchen Gründen der Verkehrsfluss auf der A22 nicht möglich sein, so wird auf diese Strasse ausgewichen. Wegen ihrer Wichtigkeit wird die Strasse mittelfristig auch vom Kanton übernommen. Der ganze bevorstehende Prozess würde mit diesem Vorstoss behindert und einmal mehr Stadtrat und Verwaltung unnötig beschäftigen. Die SVP-Fraktion wird ganz klar den Vorstoss nicht an den Stadtrat überweisen.

Patrick Mägli (SP) führt aus, die SP-Fraktion wird mehrheitlich die Überweisung des Postulates an den Stadtrat unterstützen, da die Strasse sehr eng ist und Tempo 30 wesentlich zur Verkehrssicherheit beiträgt. Es ist richtig, dass es sich bei der Rosenstrasse um eine ortsinterne Verbindungsstrasse handelt, doch auch auf solchen Strassen kann Tempo 30 eingeführt werden, wenn gewisse Bedingungen erfüllt werden. Auch könnte mit dieser Temporeduktion der Durchgangsverkehr durch Liestal eingedämmt werden.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) sagt, sie finde Tempo 30 im Titel und auch im Text nicht zielführend. Die Rosenstrasse ist eine Verkehrsachse und für den zu schluckenden Verkehr einfach zu schmal. Das Befahren mit dem Velo ist sehr heikel und fordert von allen Verkehrsteilnehmern eine sehr grosse Aufmerksamkeit. Die Einführung von Tempo 30 löst aber das Problem der zu engen Strasse nicht und könnte zu einem Verdrängungseffekt auf die Quartierstrassen führen. Der Postulatsüberweisung wird ihre Fraktion mehrheitlich nicht zustimmen, da es im Vorstoss schwergewichtig um die Einführung von Tempo 30 geht.

Werner Fischer (FDP) sagt, die FDP-Fraktion spreche sich grossmehrheitlich gegen eine Postulatsüberweisung aus. Die Strasse wird nicht breiter, selbst wenn diese nur mit Tempo 30 befahren werden darf. Vor einer Abtretung der Strasse an den Kanton macht die Einführung von Tempo 30 keinen Sinn.

Michael Durrer (GL) weist nochmals darauf hin, dass gemäss Postulatstext der Stadtrat zu prüfen hätte, wie die Situation für den Langsamverkehr verbessert und die Strasse sicherer gemacht werden könnte. Tempo 30 ist ja nur eine der möglichen Lösungsvarianten und so spricht ja eigentlich nichts dagegen, den Vorstoss zu überweisen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass die Rosenstrasse keine Durchgangsstrasse ist und auch für den Schwerverkehr nicht geeignet ist. Liestal hat das Problem, dass man über keine Hauptstrasse verfügt, die durch die Gemeinde hindurchführt, weshalb der Verkehr auf die Nebenstrassen verlagert wird. Tempo 30 in der Rosenstrasse würde auch bauliche Massnahmen erfordern, die dann wiederum Schwertransporte verunmöglichen dürften. Im Postulat sind diverse Forderungen formuliert, welche teilweise in keinem direkten Zusammenhang stehen, weshalb der Titel geändert und/oder einzelne Passagen im Vorstoss gestrichen werden sollten.

Thomas Eugster (FDP) führt aus, dass das Anliegen der Postulanten verständlich ist, doch die Folgerungen und der Zeitpunkt sind falsch. Vermutlich im zweiten Semester dieses Jahres wird eine Vorlage in den Landrat kommen, mit welcher die Übernahme der Rosenstrasse als Kantonstrasse sowie bauliche Änderungen thematisiert werden. Und bei dieser Gelegenheit müsste sich dann die Stadt Liestal einbringen und auf eine erhöhte Sicherheit pochen.

Dominique Meschberger (SP) findet, es sollten verschiedene Massnahmen geprüft werden. Die Umstellung auf Tempo 30 macht so oder so Sinn, ob es sich nun dabei um eine Kantonstrasse oder um eine Gemeindestrasse handelt.

Anna Ott (GL) meint, dass der Verkehr entsprechend den Rahmenbedingungen durch Liestal hindurch führen wird. Die zum Teil engen und gefährlichen Stellen sind kein primäres Anliegen der Velofahrer, sondern ein Sicherheitsproblem für die Kinder und Fussgänger. Es ist merkwürdig, dass nun die Überweisung des Postulates auch mit der bevorstehenden Landratsvorlage verknüpft wird. Es handelt sich nach wie vor um eine Gemeindestrasse und man muss sich gar die Frage stellen, ob es wirklich im Interesse der Stadt Liestal ist, diese Gemeindestrasse an den Kanton abzutreten. Nutzt der Kanton diese Strasse dann für die Umleitung des Verkehrs bei der Sanierung der A22? Vermutlich liegt sie mit ihrer Vermutung richtig, denn schliesslich ist die Kantonalbank-Kreuzung auch kurzfristig solch neuen Gegebenheiten angepasst worden.

Thomas Eugster (FDP) weist darauf hin, dass die Rosenstrasse für die Fussgänger nicht so gefährlich ist, wie dies immer wieder erwähnt wurde, wurden doch zahlreiche Lichtsignalanlagen und Fussgängerstreifen in den letzten Jahren installiert.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) bemerkt, dass ein langsames Fahren sicher zur Verkehrssicherheit beitragen würde. Auch würde ein Velofahr- und Fussgängerverbot ebenfalls zur besseren Verkehrssicherheit beitragen, denn statistisch gesehen gibt es keine sicherere Strasse als die Autobahn. Es muss ein Miteinander geben und sollte nicht zu einem Ausspielen der Verkehrsteilnehmergruppen führen.

Bernhard Bonjour (SP) versteht es nicht, dass das Postulat nicht an den Stadtrat überwiesen wird, denn damit wird der Stadtrat lediglich zur Prüfung von Vorschlägen und Fragen beauftragt. Die Debatte beim vorliegenden Geschäft wird so geführt, als handle es sich um eine Motion bzw. einen Auftrag des Rates an den Stadtrat.

Marianne Quensel (SP) meint, man müsste doch einmal über den Tellerrand hinaus schauen und beobachten, wie andere Länder mit den Verkehrsströmen umgehen. So hatte sie es als wohltuend empfunden, als sie kürzlich deutsche Städte mit Tempo 30 durchfahren hatte. Der Verkehrsfluss war zügig und für alle Verkehrsteilnehmer weniger stressig.

Stadtrat Franz Kaufmann meint, der Stadtrat könnte sich bei einer Überweisung des Postulates doch grundsätzliche Gedanken betreffend der Rosenstrasse machen, womit er dann auch mit gestärktem Rücken in die Verhandlungen mit dem Kanton betreffend der Abgabe der Strasse an den Kanton gehen könnte.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit 16 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat Nr. 2016/242 nicht an den Stadtrat überwiesen.

**376 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**11. Städtepartnerschaft - Postulat betreffend einer Städtepartnerschaft „Von Stadt zu Stadt“ zur Entschärfung der Flüchtlingskrise von Anna Ott der Grünen Fraktion (Nr. 2016/245)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Anna Ott  
Grüne Fraktion

**Postulat betreffend einer Städtepartnerschaft „Von Stadt zu Stadt“, um die Flüchtlingskrise zu entschärfen**

*Im Süden Europas zeigt sich eine besorgniserregende Überforderung der Gemeinden und Städte mit den ankommenden Flüchtlingen. Die Auswirkungen des Schengen-Dublin-Systems und die Schliessung der Grenzen in Osteuropa führen Städte und Gemeinden wie Lesbos, Kos, Idomeni, Athen und zahlreiche andere an ihre Leistungsgrenze und darüber hinaus. In diesen Städten können weder alle Ankommende registriert, noch können sie versorgt werden. Dass Flüchtlinge auch auf der Strasse leben müssen, ist leider zur Normalität geworden. Die Zustände der betroffenen Gemeinden und Städte verschlechtern sich laufend.*

*In Westeuropa sind bisher eigentliche Flüchtlingsströme ausgeblieben. Es besteht aber in der Zivilgesellschaft eine grosse Solidarität mit den flüchtenden Menschen. Auch die Schweiz engagiert sich bereits auf vielfältige Weise, damit die aktuelle Flüchtlingskrise menschenwürdig bewältigt werden kann. Ein zusätzliches Engagement hat Barcelona mit ihrer Initiative unter dem Namen „De ciudad a ciudad“ („Von Stadt zu Stadt“) gestartet. Barcelona kooperiert nun mit Lesbos und Lampedusa, um dort einen Beitrag zur Entschärfung der Flüchtlingskrise zu leisten. Liestal könnte sich diese Idee als Vorbild nehmen und auf diese Weise auch einen Beitrag zur Entschärfung der humanitären Krise leisten.*

*Deshalb bitte ich den Stadtrat, zu prüfen und zu berichten,*

- (1) welche Städte für eine Städtepartnerschaft in Frage kommen und wie eine solche Initiative ergriffen werden kann,*
- (2) wie die Stadt Liestal in einer Städtepartnerschaft Unterstützung leisten kann,*
- (3) inwieweit im Rahmen dieser Städtepartnerschaft auch ein Geldbeitrag zu Gunsten der freiwilligen Organisationen oder dem Ausbau besserer Infrastruktur zur Unterbringung der Flüchtlinge gesprochen werden kann, und*
- (4) ob die Pfarrei Bruder Klaus und die reformierte Kirchgemeinde sowie Liestaler Stiftungen und der Swisslos-Fonds Basel-Landschaft bereit sind, die Städtepartnerschaft finanziell, ideell und organisatorisch zu unterstützen.*

Liestal, 19. April

\*\*\*\*\*

Stadtpräsident Lukas Ott sagt, der Stadtrat sei bereit, das Postulat zur Prüfung und Beantwortung zu übernehmen, ohne dass er sich schon Gedanken darüber gemacht hat, wie er mit diesem umgehen wird.

Anna Ott (GL) dankt als Postulantin für die stadträtliche Zusage und weist darauf hin, dass aktuell rund 62 Mio. Menschen auf der Flucht sind. Ein Drittel dieser Flüchtlinge verlassen ihr Land und ihr neues Zuhause ist ein Flüchtlingslager an einer Aussengrenze Europas. Diese Lager sind zu eigentlichen Zentren dieser humanitären Krise geworden und sie frage sich, ob denn nicht auch Liestal einen Beitrag zur Problemlösung leisten könnte. Auf der Suche nach Ideen ist auf die Städtepartnerschaft von Barcelona gestossen. Im Postulat hat sie aber bewusst nicht festgehalten, wie eine Städtepartnerschaft Liestals ausformuliert werden könnte.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) dankt für den Vorstoss, ist die Betroffenheit betreffend der Flüchtlingskrise gross. Hilfe ist auf vielfältige Art und Weise möglich und auch sinnvoll, wobei sich ihre Fraktion schon frage, ob dies nun eine Aufgabe der Stadt Liestal sein soll oder nicht.

Bernhard Bonjour (SP) sagt, er finde den Vorstoss auch eine gute Idee, obwohl Erfolg und Resultate fraglich sind. Der Stadtrat sollte das Postulat aber doch zumindest prüfen, wenn er sich schon dazu anerbieten hat.

Karin Jeitziner (FDP) meint, dass der Bund und die Kantone sowie zahlreiche Hilfsorganisationen bereits sehr viel leisten und unterstützen. Sie glaubt, dass es nicht die richtige Lösung ist, wenn Liestal nun eine Städtepartnerschaft eingeht und einfach Geld schickt. Eine diesbezügliche Unterstützung sollte auf privater Basis lanciert werden und so wird ihre Fraktion der Postulatsüberweisung nicht zustimmen.

Markus Rudin (SVP) unterstützt das Votum seiner Vorrednerin und hält fest, dass seine Fraktion das Postulat ebenfalls nicht an den Stadtrat überweisen möchte. Privat hatte er sich selbst auch schon für ein Hilfsprojekt in Rumänien engagiert, doch soll nun Liestal nicht einfach Geld zu Gunsten der Flüchtlingskrise überweisen.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) schlägt vor, dass der Stadtrat diesen Betrag als Spende überweisen könnte, welcher dem finanziellen Aufwand für die Prüfung und Berichterstattung des Vorstosses entsprechen würde.

Anna Ott (GL) bestätigt, dass Liestal bereits heute Unterstützungen im Sozialhilfebereich und Integration leistet und sie selbst ist nach wie vor der Meinung, dass Hilfeleistungen gemäss ihrem Vorstoss auch Aufgabe des Staates sind und nicht alleine von Hilfsorganisationen und Privaten zu lancieren sind.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

**://:** Das Postulat Nr. 2016/245 wird mit 11 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.

**377 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**12. Plakatierung - Beantwortung der Interpellation betreffend Plakatierung von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2016/246)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Hanspeter Meyer  
namens der SVP-Fraktion*

*25. April 2016*

***Interpellation  
Betreffend Plakatierung***

*Das Thema der wilden Plakatierung wurde schon wiederholt diskutiert. Nun hat sich aber die Situation derart verschlimmert, dass sich die Frage stellt, wie Verbesserungen möglich sind, ohne zu sehr mit staatlichen Eingriffen zu funktionieren.*

*Wir sind uns bewusst, dass die Stadt nur die öffentlichen Anschlagestellen kontrollieren und bewirtschaften kann. Dadurch, dass vermehrt Läden leer stehen und die Schaufenster in grossem Stil als Mega-Plakatstellen missbraucht werden, muss man sich überlegen, wie die Liegenschaftsbesitzer dazu angehalten werden können, für Ordnung zu sorgen. Es ist ohnehin eine grosse Unsitte, wenn für die gleiche Veranstaltung dutzende von Plakaten an der gleichen Stelle aufgehängt werden.*

*Plakatwerbung ist ein wichtiges Element für Veranstalter. Plakate aufhängen oder aufgehängt lassen ist eine Sache, dann auch wieder dafür besorgt zu sein, sie ordentlich zu entsorgen, ist eine andere Sache. Wir möchten auch nicht die Werbefreiheiten durch engere Vorschriften einschränken, sondern lediglich an die Vernunft der Veranstalter appellieren.*

*Fragen:*

- 1. Ist der Stadtrat auch der Meinung, dass bezüglich der wilden Plakatierung Handlungsbedarf vorhanden ist?*
- 2. Grundsätzlich sind es nur wenige Veranstalter, die bekannt sind, welche so ihre Werbung betreiben. Ist der Stadtrat bereit, direkt bei diesen zu intervenieren?*
- 3. Ist der Stadtrat bereit, die Liegenschaftsbesitzer vermehrt zu bitten, ihren Beitrag zur Behebung dieser Unsitte zu leisten (z.B. durch Hinweise im «Liestal aktuell»)?*

\* \* \* \* \*

Stadtrat Franz Kaufmann sagt, der Stadtrat nehme den geschilderten Umstand nicht so dramatisch wahr, wie es der Interpellant formuliert. Bei einer gestrigen Stedtliführung ist ihm lediglich aufgefallen, dass die Ladenfester beim ehemaligen PKZ stark mit Plakaten verklebt wurden. Auch sind es nicht wenige Veranstalter, die mit Plakaten stark Werbung betreiben. Auch hat man mit dem neuen Reklamereglement die Plakatierung im Griff. Der Stadtrat wird in einem nächsten Liestal aktuell diesbezüglich wieder einmal informieren, doch liegt es in der Verantwortung der Liegenschaftsbesitzer, wenn beispielsweise Schaufenster mit Plakaten verklebt werden.

Hanspeter Meyer (SVP) dankt als Interpellant für die Beantwortung seiner Fragen und wünscht die Diskussion.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass die Diskussion unbestritten ist.

Hanspeter Meyer (SVP) erklärt als Interpellant, ihm schon sei bewusst, dass er mit seinem Vorstoss nicht ein Riesenproblem thematisiert habe. Er ist bei Stedtliführungen beim Stabhof-Durchgang, beim Bücheli/Rumpel, bei der Rosengasse usw. auf die wilden Plakatierungen aufmerksam gemacht worden. Es ist schon richtig, dass die Liegenschaftseigentümer in der Pflicht sind und ihren Beitrag leisten, doch werden auch öffentliche Einrichtungen wie Buswartehäuschen etc. immer wieder verklebt. Und es sind meist nur 3 - 4 Veranstalter, die mit hunderten von Plakaten grossflächig auf ihre Veranstaltungen aufmerksam machen. Er dankt dem Stadtrat für entsprechende Hinweise in einem nächsten Liestal aktuell.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2016/246.*

**378 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**13. Katasterschätzungen - Beantwortung der Interpellation „Aktualisierung der Katasterschätzungen / Bewertung der Liegenschaften“ von Max Schäublin der FDP-Fraktion (Nr. 2016/247)**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) hält fest, dass die Interpellation vom Stadtrat wunschgemäß schriftlich beantwortet wurde. Die stadträtlichen Antworten sind mit der Vorlage Nr. 201/247a dem Rat mit E-Mail des Ratsschreibers am 18. Mai 2016 zur Kenntnis gebracht worden. Zudem ist die Vorlage an der heutigen Sitzung als Tischpapier verteilt worden.

Stadtpräsident Lukas Ott macht eine Ergänzung betreffend den stadträtlichen Antworten und hält fest, dass die Antworten zu den Fragen des Interpellanten stimmen. Hingegen stimmt die 4. Antwort noch nicht so lange, denn nach der Verabschiedung der stadträtlichen Vorlage hatte man erfahren, dass anscheinend doch nicht alle Einsprecher einen beschwerdefähigen Entscheid erhalten haben. Die diesbezüglichen Entscheide sind vom Stadtrat im November 2015 gefällt, doch diese Entscheide irrtümlicherweise nicht eröffnet worden. Die Beschwerdeentscheide sind nun aber verschickt worden, weshalb nun auch die Antwort zur letzten Frage stimmt.

Max Schäublin (FDP) dankt als Interpellant für die Beantwortung seiner Fragen sowie die heutigen Ergänzungen des Stadtpräsidenten. Er frage sich schon, wie denn die Geschäftskontrolle auf der Verwaltung funktioniert, sind ihm doch zwei Einsprachen vom Oktober 2014 und vom April 2015 bekannt, wo beispielsweise nur im einen Fall der Einsprache-Eingang mit einem Kurzbrief von drei Zeilen bestätigt wurde. Und wie kann es sein, dass stadträtliche Entscheide nicht eröffnet bzw. zugestellt werden?

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass die Diskussion unbestritten ist.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) nimmt von der Interpellationsbeantwortung und den heutigen Ergänzungen Kenntnis. Er dankt dem Interpellanten, dass dieser mit Nachdruck auf die Problematik aufmerksam gemacht hatte. Fehler können passieren und so hat man auch für die späte Eröffnung der erwähnten Einspracheentscheide Verständnis. Nun sollte aber ein entsprechendes Controlling eingeführt werden, damit sich solche Fehler nicht wiederholen können, denn im Wiederholungsfall hätte man dann schon weniger Verständnis für solche Versäumnisse.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zur Interpellation keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2016/247.*

**NEUE VORSTÖSSE - Begründung**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Sie stellt nach Umfrage fest, dass man von diesem Angebot keinen Gebrauch machen möchte.

\* \* \* \* \*

Schluss der Sitzung: 19.50 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Meret Franke

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann